

Wege der beruflichen Bildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz

 F 37
F 35

Ein Vergleich wird vorgestellt

Vorbemerkung

Am 14./15. Mai 2001 wurde im Arbeitsamt München ein Vergleich der Systeme beruflicher Bildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz vorgestellt. Veranstaltet wurde das Symposium von der Kommission für Vergleichende Erziehungswissenschaft in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft zusammen mit der Projektgruppe Vergleichende Berufspädagogik an der Universität Karlsruhe (TH). Der Vergleich selbst wird in den drei Ländern als Buch erscheinen*); er umfasst ein Kompendium zu Eigenheiten, Ausbaustand und Entwicklungsperspektiven der drei nationalen Bildungssysteme, das in sechs Untersuchungsfeldern eine Fülle von Informationen systematisch erschließt: In der Gegenüberstellung die über ein einheitliches Frageraster gewonnenen Fakten und Daten, in verbaler Beschreibung die Übereinstimmungen, Ähnlichkeiten und Unterschiede; schließlich im messenden Vergleich die Aussagen, inwieweit die Bildungssysteme der drei Staaten heutigen Anforderungen gerecht werden. Nach einem Überblick zu Themen und Ablauf des Symposiums folgen hier ausgewählte Referate zu Sachthemen und ein knapper Aufriss zu dem von Professor Georg Rothe (em.), von der Universität Karlsruhe, vorgelegten Vergleich.

Das Symposium im Überblick

Beim Münchner Symposium sind in drei Themenblöcken Aspekte beruflicher Bildung vertieft behandelt worden. Einmal ging es um aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in den drei in den Vergleich einbezogenen Systemen beruflicher Bildung, dann um methodische Fragen des Vergleichens und drittens darum, ob und wie Reformen die Zukunftsfähigkeit der Berufsbildungssysteme fördern und stärken. Am zweiten Tag folgte die Vorstellung der Vergleichsstudie selbst. Im Überblick sei hier die Abfolge der Referate innerhalb der Themenblöcke skizziert:

I. Beispiele zur aktuellen Entwicklung in der beruflichen Bildung:

- Österreich: Die Weiterentwicklung des Bildungssystems durch formelle Verschränkung von beruflicher und allgemeiner Bildung
- Schweiz: Das neue Berufsbildungsgesetz und die Informationstechnologie als Impulsgeber für Innovationen
- Deutschland: Konzeption und Wirkung des Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit

II. Theorie und Praxis von Vergleichsuntersuchungen

- Berufsbildung im Transformationsprozess der mittel- und osteuropäischen Länder: Ergebnisse und Erfahrungen aus länderübergreifenden Analysen
- Probleme der Aufbereitung statistischer Daten für Vergleichsuntersuchungen
- Der empirische Ansatz im systematischen Vergleich von Berufsbildungssystemen

III. Zukunftsfähigkeit als Reformziel

- Gegen die Trennung von Berufsbildung und Allgemeinbildung
- Die Berufsakademien Baden-Württembergs als Modell alternierenden Vorgehens im Hochschulbereich
- Die Berufsschule der Zukunft als Dienstleistungszentrum, Aus- und Weiterbildung eingeschlossen
- Die Europäische Union auf dem Weg zur Wissens- und Informationsgesellschaft

*) Georg Rothe: Die Systeme beruflicher Qualifizierung Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich. Kompendium zur Aus- und Weiterbildung unter Einschluss der Problematik Lebensbegleitendes Lernen. Villingen-Schwenningen (Neckar-Verlag) – Wien (öbv & hpt) – Luzern (DBK), 2001, 850 Seiten



Im Folgenden werden zentrale Aspekte aus einzelnen Referaten der ersten beiden Blöcke resümierend beschrieben. Ausgewählt worden sind sie angesichts des Aufgabenspektrums der Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit. Dementsprechend wird der Themenblock II, bei dem methodische Erörterungen im Vordergrund standen, knapp behandelt; umgekehrt werden Referate aus dem Themenblock III im Original oder mit geringen Kürzungen, die durch „...“ gekennzeichnet worden sind, wiedergegeben. Die Vergleichsstudie selbst wird in ihrer Anlage nach Untersuchungsfeldern vorgestellt. Eine Buchbesprechung in ibv folgt, wenn das Buch ausgeliefert ist.

I. Beispiele zur aktuellen Entwicklung in der beruflichen Bildung aus D – A – CH

Österreich verstärkt die Verknüpfung von allgemeiner und beruflicher Bildung

Mag. phil. Peter Schlögl, ÖIBF Wien, hat in seinem Referat beschrieben, auf welche Weise Österreich jüngst allgemeine und berufliche Bildung auf der Sekundarstufe II stärker miteinander verschränkt hat. Berufliche Schulen, die eine vollwertige Berufsbildung bieten, wurden weiter ausgebaut: Auf der unteren Ebene entlasten die Berufsbildenden Mittleren Schulen (BMS) den Lehrstellenmarkt mit zwei- bis vierjährigen Ausbildungsgängen, die bei Schüler/innen und Eltern gleichermaßen als attraktiv gelten und gegenüber der Lehre gehobene Ansprüche stellen, weshalb weniger erfolgreiche Hauptschulabsolventen nur nach bestandener Aufnahmeprüfung aufgenommen werden. Fachlich sind die BMS breiter angelegt als die Lehrberufe; ihr Zertifikat ist aber in der Wirtschaft und beim Zugang zur Meisterprüfung in Handwerk und Industrie dem Lehrabschluss gleichgestellt. Hoch angesehen sind die auf der vierjährigen Hauptschule aufbauenden Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS), die in fünf Jahren zu einem Berufsabschluss und zur vollen Matura (Abitur) führen; aus ihnen kommen inzwischen an die 60 % aller Maturanden/innen (Abiturienten/innen). Die an den HTL (Höheren Technischen Lehranstalten), Handelsakademien etc. erteilten BHS-Diplome werden vom Niveau her der oberen Mitte zugerechnet; sie erschließen in Wirtschaft und Verwaltung gehobene Positionen und vielfältige Berufsperspektiven. Wer die Maturität (das Abitur) über die AHS (Allgemeinbildende Höhere Schulen) – sei es am achtjährigen Gymnasium oder nach der Hauptschule

am vierjährigen Oberstufenrealgymnasium – erwirbt, erreicht danach über das zweijährige Kolleg den Berufsabschluss auf BHS-Niveau, braucht also ein Jahr länger.

Allein die Quote der 16-Jährigen, die in Österreich an der BMS ausgebildet werden, erreicht etwa die deutsche Quote an gleichaltrigen Jungen und Mädchen, die erst noch eine vorberufliche Bildung durchlaufen. Zusammen nehmen die BMS und die BHS inzwischen in Österreich annähernd so viele Jugendliche auf wie das dortige Dualsystem. Dies bewirkt u.a., dass am Lehrstellenmarkt Österreichs auch Jugendliche, die hierzulande ohne nachhaltige Förderung keinen Ausbildungsvertrag im Betrieb erhalten können, in Lehrberufe integriert werden.

Mit dem Gesetz des Jahres 1997 zur Einführung der Berufsreife, als vollwertige Matura (Abitur), wurden Lehre und BMS aus der Sackgasse des fehlenden Anschlusses zum Hochschulstudium herausgeführt. Neben drei gymnasialen Kernfächern (Deutsch, Fremdsprache, Mathematik/Naturwissenschaft) wird das Curriculum des Ausbildungsberufes, wie es im berufsfachlichen Lehrstoff der BMS/Berufsschule und im Lehrberufsbild verankert ist, bei der Berufsreife zum vierten Prüfungsfach. Der Berufsschulcanon und das Lernen im Betrieb werden auf diese Weise aufgewertet; im Verbund mit allgemeinbildenden Inhalten der Berufsschule wird die absolvierte Lehre zu einem Kernelement eines regulären SEK II-Abschlusses, der den übrigen Formen der Matura ebenbürtig ist. Der Mehrfachbesuch von SEK II-Bildungsgängen, der in Deutschland in manchen Ländern bei bis zu 70 % eines Jahrgangs anzutreffen ist, wird in Österreich auf ein Minimum reduziert. Die Bildungspolitik kann Ressourcen personeller und finanzieller Art damit viel stärker auf die zweite Schwelle hin – den Übergang von der Ausbildung in den Beruf – bündeln als es etwa bislang in Deutschland möglich ist.

Nach dem neuem BBG der Schweiz ist der Bund für die Berufsbildung zuständig

Der Leiter der größten Schweizer Berufsschule in Bern, Dr. phil. Heinz Ochsenbein, bestätigte gleichgerichtete Überlegungen für die Schweiz, wo zurzeit das neue Berufsbildungsgesetz (nBBG) beraten wird, mit dem das Berufsbildungssystem reformiert und auf lebensbegleitendes Lernen ausgerichtet werden soll. Hintergrund ist die Änderung der Schweizer Bundesverfassung vom April 1999, nach der in der Schweiz nunmehr der Bund für die Berufsbildung zuständig ist. Bei den Kantonen ver-

Wege der beruflichen Bildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Fortsetzung)

bleiben die Regelung der Lehrerbildung für allgemeine Schulen, die kantonalen Universitäten und die Regelungen im Bereich Kunst/Musik und künstlerisches Gestalten. Neue Akzente für den Reformkurs wurden in der Schweizerischen Berufsbildungspolitik seit 1993 gesetzt. Mit der Gesetzesnovelle zum nBBG, das 2003 in Kraft treten soll, wird ein Diskussionsprozess abgeschlossen, der 1990 begonnen hatte; in ihn waren alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Ebenen, insbesondere auch die Schulen, einbezogen. Auslöser der Reformanstrengungen waren

- Fragen der Europakompatibilität der Schweizerischen Fähigkeitszeugnisse (Lehrabschlusszertifikate), Berufsprüfungen und Höheren Fachprüfungen an HTL, Höheren Wirtschaftsfachschulen u.a. gegenüber einem Hochschulgrad, der in Österreich und Deutschland mit dem FH-Diplom erreicht wird
- der Einbruch am Lehrstellenmarkt nach 1990, wodurch die Zahl der Berufslehren (nach BBG 1978) – bezogen auf 1985 mit insgesamt 189 700 Auszubildenden – um fast 22 % auf 148 700 im Jahr 1995 zurückging
- die Entwicklung im IT-Bereich, der nach verbreiteter Ansicht allein mit neuen Lehrberufen nicht Rechnung zu tragen war und noch ist
- die Initiativen zur Verfassungsreform, mit der die Bundeskompetenz erweitert und die Finanzierung der Berufsbildung auf eine neue Basis gestellt worden ist.

Parlament und Bundesrat der Schweiz haben mit ihren Initiativen die Systementwicklung gemeinsam vorangetrieben, und zwar insbesondere durch

- Einführung der Berufsmaturität im Jahre 1993, die mit dem Fachhochschulgesetz von 1995 als Direktzugang zur FH etabliert worden ist (mit gymnasialer Maturität kann ein FH-Studium erst nach einem einschlägigen einjährigen Berufspraktikum aufgenommen werden). Die Berufsmaturität, die an Berufsmittelschulen (künftig „Berufsmaturitätsschulen“) parallel zur Lehre oder aufbauend darauf angeboten wird, erwerben inzwischen an die 11 % aller Absolventen einer Schweizer Berufslehre; rund 8 % zusammen mit deren Abschluss und weitere 3 % danach.
 - Regelmäßige Berichterstattung zur Lehrstellenproblematik und zur Berufsbildung
 - Reorganisation der Bundesverwaltung: Das BIGA (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern), das für die Berufsbildung der Wirtschaft zuständig war, wurde in zwei Institutionen aufgespalten. Das neue BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Bern) ist heute die zentrale Institution für Fragen beruflicher Bildung und technischer Innovation und wird mit dem nBBG für die Regelung der Berufsbildung aller Ebenen verantwortlich sein.
 - Die Lehrstellenbeschlüsse 1 und 2 mit Sofortmaßnahmen zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Entwicklung und Erprobung innovativer Formen beruflicher Bildung.
- All diese Schritte münden nun ein in das nBBG 2003. Seine Eckpunkte sind in der *Übersicht 1* den Leitvorstellungen gegenübergestellt, die dem BBG 1978 zugrunde gelegt worden waren. Als wesentliche Innovationsimpulse des nBBG hervorzuheben sind:
- Die Verankerung eines Instruments zur Erprobung innovativer Formen der Berufsbildung, wie es bereits mit dem Lehrstellenbeschluss 2 von 1999 angelegt war
 - Die Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems: Die Rechtsetzung in der Berufsbildung hat danach generell der Bund, die Kantone übernehmen den Vollzug, die Aufsicht und die Zertifizierung
 - Das Prinzip der Dualität wird generalisiert, und zwar im Sinne der von der EU geforderten „Alternance“/Alternanz mit dem ihr eigenen Wechsel von formalisiertem Lernen und Erfahrungslernen
 - Flexibilisierung der Ausbildungsmodelle zur Gewinnung neuer Ausbildungsplätze in den bisher nicht ausbildenden Betrieben, aber auch über neue schulische Organisationsformen, die dort als Berufsfachschulen entstehen sollen, wo in einem Beruf der Anteil theoretisch-systematisches Lernens 50 % der Ausbildungszeit erreicht oder überschreitet
 - Alle Ausbildungsformen – übliche Betriebslehre, Basislehrjahr, Vollzeitausbildung unter schulischer Verantwortung – werden als „Berufslehre“ verstanden und geregelt
 - Die Ausbildungszeiten sollen generell 3–4 Jahre betragen; die 2-Jährigen Lehrberufe werden



damit aufgewertet; ebenso die bisherige „Anlehre“ als eine Ebene darunter

- Die Reaktionszeit auf Innovationen und Krisensymptome soll kurz sein, u.a. im Zuge eines neu zu schaffenden Innovationsfonds und des neu etablierten Innovationsrates.

Innovationsimpulse in der beruflichen Bildung werden aus dem im Jahre 2000 angelaufenen Projekt „i-ch“ (Informationstechnologie Schweiz) erwartet. Es hat zum einen eine umfassende Bestandsaufnahme aller Lehrangebote im Fachgebiet „Informatik/IT-Anwendung“ zum Ziel und zum anderen eine Systematisierung der fachlichen Inhalte in „Baukastenform“, also nach einer Art Modulsystem. Die Bausteine können institutionenübergreifend in Betrieb und Schule, ebenso in Aus-, Weiterbildung oder durch selbstgesteuertes Lernen absolviert werden, die erreichte Qualifikation wird mit der Zertifizierung des Moduls/Bausteins zugeschrieben; über die Kombination bestimmter Bausteine (Module) führt der Weg zu neuen Berufen und zu Kaderpositionen (Führungsebene) im und über den Beruf hinaus.

Deutsche Initiativen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit durch das Sofortprogramm

Dr. phil. Hans Dietrich, aus dem IAB-Bereich V/4, referierte über die mit dem Sofortprogramm von der Bundesregierung nach 1998 ergriffene Initiative zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, das mit seinen einzelnen Artikeln gezielt bei Problemlagen der Jugendlichen ansetzt, die der besonderen Förderung bedürfen, sollen sie in Ausbildung und/oder Erwerbsarbeit integriert werden.

Da einerseits das IAB selbst über die Wirkung des Programms laufend publiziert und andererseits in den ibv regelmäßig und umfassend Ergebnisse der Begleitforschung – beispielsweise seitens des BiBB – abgedruckt worden sind, wird hier darauf verzichtet, das in sich schon komprimierte Referat nochmals nach Eckpunkten zusammen zu fassen.

II. Theorie und Praxis von Vergleichsuntersuchungen

Aus diesem methodischen Fragen gewidmeten Block sei ausschnitthaft eingegangen auf das Referat von Friedemann Stooß, bis 1993 IAB-Bereichsleiter V/4, „Probleme der Aufbereitung statistischer Daten für Vergleichsuntersuchungen“. Welche Ungereimtheiten und Unschärfen zu gewärtigen sind, wenn nationale Statistiken

schlicht nebeneinander gestellt und ohne Hintergrundinformationen interpretiert werden, wurde beispielhaft gezeigt; ebenso markante Übereinstimmungen und Unterschiede beim Ausbildungsangebot und Absolventenaufkommen.

Irritationen durch statistische Unschärfen

Der vorgelegte Vergleich selbst bietet ein Beispiel für Daten, die ohne Klärung des Backgrounds zu falschen Schlüssen verleiten, es ist den von der EU publizierten Schlüsselzahlen entnommen worden. Danach besuchten im Jahre 1996 in Deutschland 79 % und in Österreich 78 % der SEK II-Schüler/innen berufsbildende Zweige der Sekundarstufe II. Der Schluss, in beiden Staaten seien junge Leute früh und überwiegend in berufliche Bildung integriert, ist bei näherer Analyse zu relativieren, denn von den Schüler/innen der Sekundarstufe II besuchten

- in Österreich 76 %, in Deutschland aber nur 61 % Einrichtungen, die einen regulären, vollwertigen Berufsabschluss bieten (Schüler/innen mit Lehrvertrag und berufliche Vollzeitschüler/innen)
- in Österreich nur 3 % berufsvorbereitende Kurse/Jahre, in Deutschland 11 % Schulen, die im Anschluss an die Sekundarstufe I eine Berufsvorbereitung oder Berufsgrundbildung bieten und teils in Kombination damit zum mittleren Abschluss oder zur (Fach-)Hochschulreife führen
- in Österreich 48 % Schulen, die mit der Matura (Abitur) abschließen, und zwar 20 % Allgemeinbildende Höhere Schulen (AHS) und 28 % Berufsbildende Höhere Schulen (BHS) – letztere sind im 76 %-Anteil Berufsbildung enthalten
- in Deutschland alles in allem aber nur 28 % (Gymnasien in den unterschiedlichen Formen, Berufsoberschulen etc.).

Die auf den ersten Blick fast identischen Anteile beruflicher Qualifizierung in Österreich und Deutschland verbergen demnach große Unterschiede, die vom jeweiligen nationalen Bildungsverständnis und der landestypischen Bildungsmentalität bestimmt werden. In Deutschland etwa von der Vorgabe, der gymnasiale Bildungskanon führe zur allgemeinen Hochschulreife, eine Vermengung mit beruflichen Inhalten sei als geringerwertig einzustufen und münde in der Fachhochschulreife.

Aufbereitung nationaler Statistiken für den Vergleich

Ein arbeitsintensiver Schritt des Vergleichens ist es, Statistiken über Auszubildende, Studierende



Wege der beruflichen Bildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Fortsetzung)

und Absolventen nach einem länderübergreifenden Beruferaster aufzubereiten. Auf diesem Wege eine verlässliche Basis zu gewinnen ist aber eine der Voraussetzungen, sollen Aussagen zur Leistungsfähigkeit nationaler Bildungssysteme gewonnen werden. Beim D – A – CH-Vergleich sind die Absolventen beruflicher Bildung nach vier Ebenen gegenübergestellt; zurückgegriffen wurde auf das bereits im Deutschland-Frankreich-Vergleich von 1995 erprobte Verfahren*). Als Raster diente die schon damals verwendete französische Gliederung nach 47 Berufsgruppen. Sie wird in Frankreich für alle Berufsbildungsebenen gleichermaßen angewendet, bei der betrieblichen Ausbildung ebenso wie bei den Schulen und Hochschulen. Die 47 Berufsgruppen wurden für die Aufbereitung der Statistiken aus Deutschland, Österreich und der Schweiz bei der Berufsbildung an Schulen und Hochschulen auf 12 Berufsbereiche komprimiert. Bemerkenswert erscheinen folgende Befunde:

Beim Dualsystem der drei Staaten gibt es eine hohe Übereinstimmung im beruflichen Zuschnitt der Ausbildungs-/Lehrberufe, ebenso beim Absolventenaufkommen. Von den bestehenden Ausbildungsordnungen und Reglements her bereiteten im gewählten Bezugsjahr auf Berufe der Produktion und Wartung (Facharbeiterberufe) und andererseits auf Dienstleistungsberufe (meist auf Tätigkeiten der Fachangestellten) vor:

*) vgl. Georg Rothe: Die Systeme beruflicher Qualifizierung Frankreichs und Deutschlands im Vergleich; in: BeitrAB 190, Nürnberg 1995, S. 435–471.

– in Frankreich (1992)	74 % und 26 %
– in Deutschland (1995/96)	73 % und 27 %
– in Österreich (1995/96)	74 % und 26 %
– in der Schweiz (1995/96)	65 % und 35 %

Mit den inzwischen in allen vier Staaten geschaffenen neuen Berufen verschieben sich die Relationen nur geringfügig. Noch immer gibt es in den aufgeführten Staaten weite Berufsfelder, in denen zahlreiche Ausbildungsberufe vorhanden sind, aber der Bestand an Ausbildungsverträgen inzwischen auf marginale Größen geschrumpft ist. Beispielsweise trifft dies zu auf das Berufsfeld Fertigung von Konsumgütern (Textilien/Bekleidung, Leder/Schuhe u.a.), auf das von allen Ausbildungsberufen in Deutschland 24 %, in Österreich 22 % und in der Schweiz 18 % entfallen, aber von den Absolventen einer Lehre in allen drei Staaten jeweils nur noch 3 %.

Werden die Absolventen der Dualsysteme (Frankreich 1992, D – A – CH 1995/96) gegenübergestellt, hatten Facharbeiterberufe und Dienstleistungsberufe erlernt:

– in Frankreich	55 % und 45 %
– in Deutschland	44 % und 56 %
– in Österreich	56 % und 44 %
– in der Schweiz	41 % und 56 %

Bekanntermaßen weichen die Bevölkerungszahlen der in den vorgelegten Vergleich einbezogenen drei Staaten stark voneinander ab (rund 82 Mio in D, gut 8 Mio in A, ca. 7,2 Mio in CH). Die Leistung der nationalen Berufsbildungssysteme wurde daher anhand des Absolventenaufkommens pro Mio Einwohner gemessen. Nach den Qualifikationsebenen der Erstausbildung ergibt sich dabei das in *Übersicht 2* wiedergegebene Bild:

Übersicht 2: Absolventen beruflicher Erstausbildung nach Ebenen 1995/96 pro Million Einwohner in Deutschland – Österreich – Schweiz

Qualifikationsstufe	D	A	CH
Betriebliche Berufsausbildung/Lehre/Berufslehre	6 156	4 623	6 818
Berufsausbildung an Vollzeitschulen auf der SEK II	1 078	3 467	1 416
Fachhochschule/HTL/Akademien etc.	961	435	569
Universität/Kunsthochschulen	1 721	1 529	1 458
Summe	9 913	10 053	10 261

Quelle: Georg Rothe: Die Systeme beruflicher Qualifizierung Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich. Villingen-Schwenningen, Wien, Luzern 2001, Teil C 3.3.2a)



Deutschland, das bei der Integration der jungen Leute primär auf das Dualsystem setzt, erreicht keine dieser Vorgabe gemäße Versorgung. Seit 1995 ist die Zahl der Absolventen weiter gesunken, 1995 erreichte sie 487 200 oder umgerechnet pro Mio Einwohner (:82,014 Mio) nur 5 940. Auf der anderen Seite macht Österreich das niedrige Aufkommen aus seinem Dualsystem wett bei der Berufsbildung an den BMS und BHS; unterhalb der Hochschulebene sind es dort zusammen 8 090 Absolventen (in der Schweiz 8 230, in Deutschland 7 234).

Auch auf dem Hochschulniveau verbergen sich bei den drei verglichenen Staaten hinter den Summen beachtenswerte Unterschiede; gerade auch bei der Universitätsebene. Das hohe Absolventenaufkommen Deutschlands resultiert weithin aus dem Übergewicht im klassischen Feld der Geisteswissenschaften mit 861 Absolventen pro Mio Einwohner im Bezugsjahr, gegenüber 656 in Österreich und nur 493 in der Schweiz. Dies erklärt sich vor allem daraus, dass in Deutschland die Universitäten Lehramtsstudiengänge für alle Schulstufen anbieten, in Österreich und der Schweiz aber nur teilweise.

Bei Studienfächern, die nach neuerer Einschätzung das Innovationspotenzial der Nationen widerspiegeln, relativieren sich die Unterschiede. So erreichte im Bezugsjahr das Absolventenaufkommen an Universitäten pro Mio Einwohner

- in den Natur- Ingenieurwissenschaften, Informatik/Mathematik
in Deutschland 460, in Österreich 410, in der Schweiz 400
- in Wirtschafts-, Rechts-, Sozialwissenschaften
in Deutschland 390, in Österreich 450, in der Schweiz 560.

Welche Ungenauigkeiten zu gewärtigen sind, werden Summenzahlen der Länder ohne Detailanalysen gegenübergestellt, lässt sich beispielhaft an den Statistiken zum Dualsystem demonstrieren. Hier mussten in Österreich die Absolventen aus den Berufen der Land-, Forstwirtschaft und des Gartenbaus zu denen der Lehrlingstatistik hinzugerechnet werden. Umgekehrt waren in der Schweiz die Absolventen aus Handelsmittelschulen, künstlerisch-gestalterischen Berufen, Gesundheits- und Sozialberufen aus den Summen der Ausbildungsverhältnisse herauszunehmen, sollten Missweisungen zum Volumen der Berufslehre/der betriebsgebundenen Ausbildung vermieden und vergleichbare Aussagen zur Leistungsfähigkeit der

drei nationalen Berufsbildungssysteme gewonnen werden.

III. Zukunftsfähigkeit als Reformziel

Die bei diesem Themenblock gehaltenen vier Referate werden nachstehend unter den Autorennamen in voller Länge oder leicht gekürzt abgedruckt. Resümees, die zentrale Aussagen der Referenten wiedergeben seien hier angefügt (wörtlich übernommene Teile oder Ausdrücke sind nicht besonders gekennzeichnet).

Prof. Dr. phil. Hans Maier von der LMU München referierte zur Problematik der Trennung allgemeiner und beruflicher Bildung. Das Gegeneinander von Bildung und Beruf hält er für eine höchst einseitige Sicht der Dinge. Bildung sei kein Privileg bestimmter Personen; wir fänden in allen Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten Gebildete und Ungebildete. Bildung erwachse immer auch aus dem Beruf, der die ursprünglichste Form dessen sei, was heute „lebenslanges Lernen“ heißt. Es sei das schlimmste Versäumnis der Bildungsreform, dass sie nur einen Teil des Bildungswesens, nämlich die allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen im Auge hatte, das klassische Aufstiegsschema des „Akademikers“ weder in Frage stellte noch sich sorgte um die notwendigen Reformen der Berufsausbildung im Zeichen stärkerer Theoretisierung der Arbeitswelt.

Der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Klaus von Trotha, betonte das tragende Fundament der Berufsakademie Baden-Württemberg (BA) sei das ihr eigene Strukturprinzip einer engen und vertrauensvollen partnerschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Lernorte staatliche Studienakademie einerseits und betriebliche oder soziale Ausbildungsstätte andererseits. Ihre Stärke sei, dass sie drei Zielsetzungen – den Erwerb von Fachwissen, von Methodenwissen und von Sozialkompetenz – zusammenführe. Gestützt auf die Evaluierung des Wissenschaftsrats im Jahre 1994 habe die Kultusministerkonferenz 1995 einer überregionalen Anerkennung der BA-Abschlüsse nach dem Qualitätsstandard Baden-Württembergs zugestimmt; auf dieser Basis sei die BA in die Europäische Hochschulrichtlinie aufgenommen und europaweit anerkannt worden. Nach der Evaluierung durch den britischen Open University Validation Service im Jahr 2000 entspreche das Niveau der BA-Abschlüsse einem britischen Bachelor with Honours-Degree. Dies mit der Folge, dass BA-Studierende unter bestimmten Voraussetzungen



Wege der beruflichen Bildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Fortsetzung)

zusätzlich zum deutschen BA-Diplom den britischen Bachelor-Grad erwerben können und sich damit Weiterbildungsmöglichkeiten zu Master-Studiengängen erschließen könnten.

Prof. Dr. phil. Karlheinz A. Geißler von der Universität der Bundeswehr, München meint die Bewährung des deutschen Dualen Systems sei vor 20 Jahren abgelaufen. Er tadelt die deutsche Selbstgerechtigkeit in Berufsbildungsfragen und fordert aus dem Übergang von der Industrie- in die Dienstleistungsgesellschaft Konsequenzen für die Berufsbildung und die Berufsschule zu ziehen. Die Problemlagen, denen die Berufsschule ihre Entstehung und Ausdehnung verdanke, existierten nicht mehr so wie damals. Die Ausrichtung auf die berufliche Erstausbildung und auf Jugendliche (unter 18 Jahren) gelte es grundlegend zu verändern. Organisatorisch müsse sich die Berufsschule auf vielfältige Aufgaben, unterschiedliche Adressaten und konkrete regionale Situationen und Problemlagen hin organisieren, also Dienstleistungsstrukturen entwickeln. Dies erfordere Differenzierung und Freiräume im Management, die im traditionellen Korsett der Berufsschule nicht zur Verfügung stehen. Betriebe, Korporationen und Schulen sollten gleichermaßen und auch gemeinsam Dienstleister des beruflichen Ausbildungsprozesses sein können, was lokal ausgehandelte Praktiken der Aufgabenteilung erfordere. Das durch die Kammern geschützte Monopol der Betriebe auf die Trägerschaft der Berufsbildung behindere aber die Entwicklung solcher Mischformen zwischen schulischer und betrieblicher Trägerschaft in der Berufsbildung. Die Rolle der Berufsschule im reformierten System sei die einer im Verbund arbeitenden Dienstleistungseinrichtung, die wie eine Weiterbildungseinrichtung Aufgaben projektförmig umsetze. Mit solcher Arbeitsweise eines Weiterbildungsträgers mit Dienstleistungscharakter könne die Berufsschule ihre heterogenen Aufgaben und die Nachfrageschwankungen besser und damit elastischer bearbeiten als innerhalb der gegenwärtigen Struktur.

Dr. phil. Rudolf Strohmeier, Abteilungsleiter bei der Europäischen Kommission, Brüssel mahnte Konsequenzen an, die im Zeitalter der Globalisierung anstehen, da auch die Bildungssysteme nicht mehr autonom seien, sondern im weltweiten Wettbewerb stehen. Gesellschaften, deren Bildungssystem im globalen Maßstab zurückbleibe, würden

selbst stetig zurückfallen. Dass Deutschland in Europa im Wirtschaftswachstum das Schlusslicht bilde, habe auch mit bildungspolitischen Sachverhalten zu tun. Facharbeitermangel, erschreckend hohe Studienabbrecherzahlen, das Fehlen von IT-Fachleuten und das Abwandern begabter Wissenschaftler ins Ausland sieht er als klare Zeichen. Die Integrationsgeschichte der EU lehre uns, hehre Zielvorgaben wie die Botschaft des Sondergipfels vom März 2000 in Lissabon ernst zu nehmen. Dort hätten die Staats- und Regierungschefs der EU zum ersten Mal der Bildung in Europa eine größere Rolle zugestanden, wie sie gleichzeitig Europa in der Bildung eine größere Rolle einräumen. Sie hätten eine Reihe von Elementen benannt, die zur Erreichung der formulierten Ziele nötig seien. Über die Festlegung gemeinsamer Zielsetzung für die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten hinaus u.a.

- die Reduzierung des Anteils der Schüler, die – über die Sekundarstufe I hinaus – keine weitergehende Qualifikation erwerben
- die Aufstellung eines europäischen Rahmens für die Definition der neuen Grundfertigkeiten, die über das lebenslange Lernen vermittelt werden sollen
- ein europäisches Diplom für die informations- und kommunikationstechnologischen Grundfertigkeiten.

Die neue, so genannte offene Methode der Koordination sei darauf angelegt, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, ihre eigenen Strategien zu entwickeln, also nicht zu harmonisieren. Bereits im März 2001 habe der Europäische Rat auf der Basis dieser Grundüberlegungen die Ziele für die kommenden 10 Jahre konkretisiert. Diese Ziele – wie in Deutschland geschehen – in Frage zu stellen, gehe an der Sache vorbei und sei selbst in rechtlicher Hinsicht nicht korrekt. Es sei daher an der Zeit, dass wir die Rolle klärten, die das Bildungssystem in unserer Gesellschaft zukomme, die sich durch Zuwanderung auch kulturell wandle, tendenziell aber ergrauere, in der also junge Menschen und damit Innovationspotenzial zu einer raren Ressource werden. Klar müsse werden, dass kein EU-Mitglied die Herausforderungen alleine bewältigen könne, wir vielmehr auf Ähnlichkeiten und darauf setzen müssten, voneinander zu lernen, uns auszutauschen und uns die Bildung gemeinsam zunutze machen sollten. Das deutsche Wohl-



standsniveau sichern heiße, sich dem europäischen wie auch dem globalen Wettbewerb stellen. Es genüge nicht, für die eigenen Landeskinder im Inland Verantwortung zu übernehmen, sondern sie auf die Mobilität innerhalb der EU und weitergehend in einer global vernetzten Welt vorzubereiten.

IV. Die Vorstellung der Vergleichsstudie

Wie eingangs erwähnt, wird eine Buchbesprechung der Vergleichsuntersuchung folgen. Ihre Besonderheit des Vergleichs bildet sein gestuftes Vorgehen, das die *Übersicht 3* deutlich macht:

- Auf der ersten Stufe wurde aufgrund eines Fragerasters Daten und Fakten zu klar abgegrenzten Einheiten (Elementen) in den drei Staaten erhoben und abgeglichen, beispielsweise zu Inhalten und Umfang der Berufsorientierung gegen Ende der Pflichtschulzeit oder zum institutionellen Standort der Berufsberatung und den von ihr im Einzelnen wahrgenommenen Aufgaben. Die gewonnenen Informationen sind im Teil B des Kompendiums nach den drei Staaten gegenübergestellt.
- Im aufbauenden Schritte (Teil C) des verbalen, deskriptiven Vergleichens wurden Problembe-

reiche eingegrenzt, für jeweils die Übereinstimmungen, Ähnlichkeiten und Unterscheide nach Elementen beschrieben werden.

- Zentrale Befunde werden dann im Teil D, dem messenden Vergleich, den Anforderungen im Sinne der Sollvorgaben gegenübergestellt.

Wie über die drei Stufen hinweg die sechs Untersuchungsfelder variiert und die Informationen auf zentrale Befunde und Aussagen hin verdichtet worden sind, lässt die *Übersicht 3*, die ausschnittsartig thematische Aspekte auflistet, erkennen.

Insgesamt gesehen bietet das Kompendium mit seinen Übersichten, Schaubildern und Quellenauszgen umfassende Einblicke in das deutsche System. Damit verbunden ist der Vorteil, jeweils daneben eine Beschreibung der Gegebenheiten in Österreich und in der Schweiz vorzufinden. So wird offenbar, wo Übereinstimmung zwischen den drei Staaten besteht, ebenso aber auch der Variantenreichtum in den drei verglichenen Systemen allgemeiner und beruflicher Bildung und schließlich auch Probleme oder Risiken, die da und dort aufscheinen und politischen Handlungsbedarf signalisieren.



Wege der beruflichen Bildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Fortsetzung)

Übersicht 1: Berufsbildungsreform in der Schweiz Impulse des neuen Berufsbildungsgesetzes (nBBG 2003) im Vergleich zu den Leitvorstellungen des BBG 1978

Bereiche	BBG 1978	nBBG 2003
Wirtschaftspolitik (Arbeitsmarkt, Technologieentwicklung, Qualifikationsstruktur)	Selbststeuerung	Bedarfsorientierung
Bildungssystem • Gliederung • Durchlässigkeit • Planung	Unabhängige Sektoren • historisch gewachsen • punktuell geregelt • dezentral	Integriertes System • systematisiert • generalisiert • koordiniert
Ausbildungspartner	Hierarchie	Partnerschaft: Staat – Wirtschaft Verbundsystem: Bund – Kantone – Berufsverbände
Zuständigkeit für Ausbildungsreglements	unterschiedlich nach Sektoren und Bereichen	Bund
Grundbildung*) Weiterbildung	Basisförderung: differenziert und subsidiär	gleichwertige qualitative und quantitative Förderung
Identifikation von Innovationsbedarf bei Bildung/Technologie	stochastisch dezentral	systematisch zentral/dezentral/ Innovationsrat
Bildungsziel	Berufliche Qualifikation Allgemeinbildung Verantwortung	Handlungskompetenz
Finanzierung	Verbund (Bund 18 %/Kantone/ Wirtschaft/Lernende)	Verbund (Bundesanteil 25–30 %)

*) Hinweis: Mit Grundbildung (im Beruf) wird in der Schweiz die berufliche Erstausbildung auf den einzelnen Niveaustufen bezeichnet. Die darauf aufbauenden Bildungswege rechnen zur Weiterbildung.

Quelle: Folie zum Referat von Dr. Heinz Ochsenbein, am 14. 5. 2001 in München, leicht variiert.



Übersicht 3: Die Systeme beruflicher Qualifizierung Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich – Aufbau der Vergleichsuntersuchung nach Untersuchungsschritten und Themenfeldern –

A Einführung – Ausgangssituation – Aufgabenstellung – Vorgehensweise –

	B Über Fragekataloge erfasste Sachverhalte in Gegenüberstellung	C Komparative Erschließung erkannter Problembereiche	D Relevante Befunde im Spiegel aktueller Leistungsanforderungen	E Schlussfolgerungen
1*)	Beruf und Bildung in Verfassungen und Konventionen <ul style="list-style-type: none"> • Verfassungen Bund/Länder • Konventionen supranationaler Organisationen 	Zuständigkeiten für Bildung und Berufsbildung <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsverständnis in nationaltypischer Sicht • Forschungsinitiativen 	Festgeschriebene Verantwortlichkeiten im Gesamtsystem <ul style="list-style-type: none"> • auf nationaler Ebene • Vertretung nach außen 	Kompetenzverteilung und Zuständigkeiten <ul style="list-style-type: none"> • Unterschiede • Forschung und Planung
2	Grundlegende Bildung und Berufsorientierung <ul style="list-style-type: none"> • Berufsvorbereitung • Berufsorientierung und -beratung 	Ausrichtung der Schule auf Erwerbstätigkeit und Beruf <ul style="list-style-type: none"> • Abschlüsse und Berufsbildungsebenen • Übergangssituation 	Gewährleistung des Übergangs von der Schule in die Berufs- und Arbeitswelt <ul style="list-style-type: none"> • Übergang in Arbeit • Ausbildung in Betrieben und Vollzeitschulen 	Berufsreife als „Bringschuld der Schule“ <ul style="list-style-type: none"> • Unterschiede der Berufsvorbereitung • Systemintegrierte Übergangshilfen
3	Berufliche Erstausbildung und Abschlüsse <ul style="list-style-type: none"> • Ausbildungsangebote • Prüfungen/Zertifikate • Integration Behinderter und Benachteiligter 	Erstausbildung als Vorstufe der Weiterbildung <ul style="list-style-type: none"> • Lebensberuf/Grundberuf • Nebeneinander betrieblicher und schulischer Ausbildung 	Ausbaufähige Erstausbildungsgänge <ul style="list-style-type: none"> • Status von Lehre und Vollzeitschule • Horizontale und vertikale Durchlässigkeit 	Öffnung der Erstausbildung zur Weiterbildung <ul style="list-style-type: none"> • Gleichwertigkeit der Abschlüsse • Übergang und Aufstieg
4	Angebotsformen beruflicher Weiterbildung <ul style="list-style-type: none"> • Anpassungsfortbildung • Aufstiegsfortbildung • Modulare Angebote 	Ausbau der Qualifikation im Prozess des lebensbegleitenden Lernens <ul style="list-style-type: none"> • Gesetzliche Grundlagen • Angebote Staat/Wirtschaft • Bausteinsysteme 	Lebensbegleitende Angebote zur Sicherung von Anpassung und Aufstieg <ul style="list-style-type: none"> • Anpassungsprogramme • Aufstiegswege im Beruf • Neue Technologien 	Realisierung des lebensbegleitenden Lernens <ul style="list-style-type: none"> • Weiterbildung im Gesamtsystem • Anrechnung des Erfahrungslernens
5	Varianten betriebsgebundener Ausbildung <ul style="list-style-type: none"> • Traditionelle Lehre • Ausbildung in Lehrwerkstätten/Betriebsschulen • Gesundheitsberufe 	Bedeutung der Alternanz im Berufsbildungssystem <ul style="list-style-type: none"> • Neue Kooperationsformen • Zusammenwirken von Schule und Betrieb • Reglemente in übergreifender Struktur 	Realisierung der Dualität des Lernens: Lehrgang und Erfahrungslernen <ul style="list-style-type: none"> • Alternanz auf der mittleren und höheren Ebene • Anerkennung des Erfahrungslernens 	Alternanz als ebenenübergreifendes Prinzip <ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungslernen in Vollzeitschulen • Alternanz im Hochschulstudium
6	Ausbildungspersonal für Betrieb und Schule <ul style="list-style-type: none"> • Ausbilder am Arbeitsplatz • Lehrkräfte für Fachpraxis • Lehrkräfte für berufsbezogene Unterrichtsfächer 	Qualifizierung und Bedarfsdeckung des Lehr- und Ausbildungspersonals <ul style="list-style-type: none"> • Grundständige und aufbauende Studiengänge • Schwerpunktfächer • Bedarfsdeckung 	Funktionsgerechte Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals <ul style="list-style-type: none"> • Fachdidaktische Einführung • Sicherstellung der Weiterbildung 	Theorie und Praxis in der Ausbildung des Lehrpersonals <ul style="list-style-type: none"> • Praxisbezug der Studiengänge • Ausbildereignung

*) Zahlen bezeichnen die Abfolge der Untersuchungsfelder; unter ● sind jeweils Stichworte zu den Textabschnitten, Problembereichen, Vergleichselementen aufgeführt, die einen Einblick in die Themenvielfalt vermitteln sollen.

Die Angaben wurden entnommen bei Georg Rothe, a.a.O., Gliederung, S. VIII-XX



Wege der beruflichen Bildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Fortsetzung)

Suchworte: Berufliche Bildung in Österreich, Berufliche Bildung in der Schweiz, Berufliche Bildung in Deutschland, Berufliche Bildung im Vergleich, Dualsystem, Berufsmaturitätsschulen, Lehrstellenproblematik, Jugendarbeitslosigkeit, Sofortprogramm, Flexibilisierung der Ausbildungsmodelle, Gewinnung neuer Ausbildungsplätze, Basislehrjahr, Berufslehre, berufliche Erstausbildung, Duale Berufsausbildung, Zukunftsfähigkeit, Berufsakademie, Qualitätsstandards, Mobilität innerhalb der EU, Facharbeitermangel, Berufsbildungsreform

HSt Ic3 11/2001



